

Jens-Christian Wagner

Geschichte bewusst machen. Zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen

Vortrag Bremervörde, 20.1.2017

Wohl kaum ein historisches Thema hat die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahrzehnten mehr beschäftigt als die Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten. Deutschland ist nicht nur das Land der Täter, sondern auch das der Tatorte. An vielen dieser historischen Orte befinden sich heute Gedenkstätten, insbesondere an den Standorten der ehemaligen Konzentrationslager. Hinzu kommen Täter-Orte (z.B. Wannsee-Villa, Topf und Söhne, Obersalzberg) und Orte nationalsozialistischer Selbstinszenierung (etwa Nürnberg, Bückeberg oder Prora).

Die Gestaltung und Wahrnehmung dieser historischen Orte ist ein Seismograph erinnerungskultureller Entwicklungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Erlauben Sie deshalb, dass ich, bevor ich auf die heutige und zukünftige Gedenkstättenarbeit im Allgemeinen und in Niedersachsen im Besonderen zu sprechen komme, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung seit 1945 gebe.

Das Verschwinden der Lager nach 1945

Noch heute herrscht in der Öffentlichkeit der Eindruck vor, die NS-Verbrechen seien im Verborgenen begangen worden – versteckt irgendwo hinter dichten Wäldern oder im diffusen „Osten“. Der Nachkriegsdiskurs suggerierte mit seiner symbolhaften Deutung des Bildes von den abgeschlossenen Lagern gleichsam eine Tat ohne Täter, zumindest ohne Zuschauer. Nicht zuletzt durch die Metapher „Auschwitz“ wurde das Geschehen an entfremdete Orte verbannt.

Der historische Befund sieht jedoch ganz anders aus: Ganz Deutschland und die besetzten Nachbarstaaten waren in der weiten Kriegshälfte infolge der Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie von einem dichten Netz von KZ-Haupt- und Außenlagern überzogen.

Hinzu kamen Tausende von Lagern anderer Kategorien – Kriegsgefangenenlager, Lager für zivile ausländische Arbeitskräfte, AEL, Zwangsarbeitslager für Juden sowie für Sinti und Roma, Justizhaftlager, Kinderheime für ausländische Neugeborene etc., außerdem andere Stätten von NS-Verbrechen, wie etwa Gefängnisse, Euthanasieanstalten und Gestapozentralen.

Mit den Lagern und Tatorten waren auch die Verbrechen an den Insassen für die deutsche Bevölkerung deutlich sichtbar – es waren öffentliche Verbrechen. Es kann für viele also ein gar nicht so überraschender Anblick gewesen sein, der sich ihnen bot, als die Alliierten ihnen im April und Mai 1945 die Leichenberge in den befreiten Lagern oder exhumierte Massengräber vorführten.

Die etwas naive Sühne- und Konfrontationspädagogik der Alliierten („seht her, was ihr angestellt habt!“) war denn auch alles andere als erfolgreich. Die Zwangsbesichtigungen der Lager verstärkten den Prozess der Umdeutung, der aus der Tätergesellschaft eine besiegte und von Strafangst und Schuldabwehr geprägte Gesellschaft mit ausgesprochenem Opferbewusstsein machte. Der Verweis auf die von alliierten Bombern zerstörten deutschen Städte, die Vertreibung aus den Ostgebieten und die Kriegsoffer in den meisten Familien verstärkten den Prozess der Selbstviktimisierung, der bereits während des Krieges um sich gegriffen hatte und seit den 1950er Jahren in mehreren Wellen den öffentlichen Diskurs in Deutschland prägte: Aus der propagierten „Volksgemeinschaft“ war eine selbstimaginierte Opfergemeinschaft geworden.

Vor diesem Hintergrund verschwanden die Überreste der Lager nach 1945 sehr schnell, sofern sie nicht als Internierungslager der Alliierten oder als DP-Camps oder auch als Notaufnahmehager für Vertriebene nachgenutzt wurden. Von deutscher Seite aus gab es lange Zeit kaum Ansätze, die Lagerstandorte als Erinnerungsorte zu erhalten. Das Gedenken wurden den „Fremden“ überlassen, also den Besatzungsmächten und vor allem den Überlebenden, die an den historischen Orten um ihre toten Mithäftlinge trauerten. Fast alle frühen Gedenkzeichen wurden von den Überlebenden selbst errichtet, auf dem Gelände des KZ Bergen-Belsen etwa im September 1945 ein Mahnmal, das jüdische Überlebende errichteten, und im November 1945 ein Hochkreuz, gesetzt von polnischen Überlebenden, die zu diesem Zeitpunkt noch im nahen DP-Camp Bergen-Belsen lebten.

Ein wegen seines Hinweises auf das zerbrochene Deutschland und den besiegten Nationalsozialismus besonders eindrückliches Gedenkzeichen setzten Überlebende eines Todesmarsches aus dem KZ Mittelbau-Dora im September 1945 in Münchhof bei Seesen am Harz. Es handelt sich um ein Grabmal für 23 Mithäftlinge, die den Räumungstransport nicht überlebt hatten und auf dem Gemeindefriedhof von Münchhof bestattet worden waren. Auf der Suche nach Material für einen Gedenkstein diente den Überlebenden, die sich in einem „Komitee der KZ-Kameraden“ zusammengeschlossen hatten, ein Granitfindling, den die Stadtverwaltung von Seesen 1938 aus Anlass des „Anschlusses“ von Österreich in der Stadt hatte aufstellen lassen.

„Als Symbol für den zerschlagenen Nazismus“, wie der Vorsitzende des Komitees, Josef Soski, später schrieb, teilten die KZ-Überlebenden den massiven Stein mit der Inschrift „Großdeutschland“ und einer entsprechenden Landkarte in zwei Hälften. Eine der beiden Hälften stellten sie anschließend als Grabstein so auf dem Friedhof von Münchhof auf, dass auf der Rückseite ein Teil der Inschrift („tschland“) und der durchtrennten Landkarte samt der Jahreszahl 1938 aus dem Boden ragten. Auf der Vorderseite ließen sie in deutscher und englischer Sprache eine Inschrift zu Ehren der auf dem Friedhof bestatteten KZ-Häftlinge und die Bezeichnung der Stifter einmeißeln: „Comitee der KZ Kameraden“.¹

Doch zurück zu den Gedenkstätten:

Von offizieller westdeutscher Seite wurden die ehemaligen Konzentrationslager in den 1950er bis in die 1980er Jahre entweder wie Bergen-Belsen zu historisch entleerten Friedhofsanlagen umgestaltet oder derart überbaut, dass an die Vergangenheit der Orte kaum noch etwas erinnerte (Neuengamme als Gefängnisstandort). In der DDR hatten die Gedenkstätten hingegen eine herausgehobene politische Bedeutung für den SED-Staat, der den propagierten Antifaschismus zu seinem Gründungsmythos erhob. Trotzdem oder gerade deshalb spielten die authentischen historischen Orte auch hier nur eine untergeordnete Rolle.

Die differenzierte Darstellung der Lagergeschichte lag nicht im Interesse der DDR-Geschichtsbildner, die das Ausmaß der NS-Verbrechen lange weitgehend auf die Repression kommunistischer Häftlinge reduzierten und den „heldenhaften antifaschistischen Widerstand“ rühmten. Bauliche Relikte oder gar ganze Bereiche der ehemaligen Lager, die nicht in diese Erzählung passten, wurden kurzerhand geschliffen oder wucherten zu – man denke nur an die Überreste des Kleinen Lagers in Buchenwald, in dem 1944/45 viele jüdische KZ-

¹ Vgl. Jens-Christian Wagner, Das „Schland“-Mal von Münchhof, in: Ders. (Hg.), 70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung. Das Kriegsende in Niedersachsen, Göttingen 2015, S. 180 f.

Insassen elend zugrunde gegangen waren. „Minimierung der Relikte zur Maximierung historisch-politischer Sinngabe“ – so könnte man mit den Worten von Jörn Rüsen den Umgang mit den historischen Relikten der Lager bezeichnen.²

Präsentiert wurde in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR ein Geschichtsbild, das die deutsche Bevölkerung als Opfer der Diktatur einer Clique von Monopolherren und NS-Funktionären darstellte, die nach dem Krieg natürlich alle in den Westen verschwunden waren. „Die Blutspur führt nach Bonn“ hieß bezeichnenderweise die erste, 1966 eingerichtete Dauerausstellung in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora.³ Die Mitmachbereitschaft und die breite Mittäterschaft der deutschen Bevölkerung ließen sich mit einem solchen Geschichtsbild trefflich ausklammern und noch besser propagandistisch im deutsch-deutschen Interessenkonflikt verwerten.

Während sich in der DDR bis 1989 in dieser Hinsicht nicht viel änderte, vollzog sich in der Bundesrepublik ab den 1970er Jahren ein tiefgreifender Wandel. Dem politischen Aufbegehren und pädagogischen Aufbruch der „68er“ folgend entdeckten Geschichts- und Erinnerungsinitiativen scheinbar vergessene Lager neu und machten sie – nicht selten mit aufklärerischem Impetus und gegen den Widerstand der Mehrheitsgesellschaft und kommunaler oder staatlicher Behörden – zum Gegenstand politischer Bildungsarbeit. Seit 1985 etwa schlossen sich engagierte Bürger/innen in der AG Bergen-Belsen zusammen und nahmen sich des von Wald überwucherten ehemaligen Lagergeländes an. Jugend-Workcamps legten unter ihrer Leitung erstmals bauliche Relikte frei. Bald entwickelten sich daraus an verschiedenen Orten (seit 1992 auch in und um Sandbostel) „arbeitende“ Gedenkstätten, die ihre Existenz kritisch-bürgerschaftlichem Engagement zu verdanken hatten und deren Mitarbeiter ehrenamtlich oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig waren. Eine staatliche Förderung gab es nur selten.

Gedenkstätten nach dem Ende der DDR

Der Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten brachte nicht nur den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR tiefgreifende Veränderungen, sondern war auch für die Gedenkstättenlandschaft in Westdeutschland folgenreich.

Zunächst einmal bedeutete die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der großen

² Zit. nach Volkhart Knigge, Vom Reden und Schweigen der Steine. Zu Denkmälern auf dem Gelände ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager, in: Sigrid Weigel u. Birgit R. Erdle (Hg.), Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 193-234, hier S. 207.

³ Vgl. Jens-Christian Wagner, Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2015, S. 529.

ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR einen Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik des Bundes, indem dieser seine Zuständigkeit für Gedenkstätten überregionaler Bedeutung de facto anerkannte. Zugleich forcierte die Beteiligung des Bundes die Neukonzeption der ehemaligen DDR-Gedenkstätten, die – getragen von einem „Boom“ in der NS-Forschung in den neunziger Jahren – neue Ausstellungen erhielten und landschaftsplanerisch mit dem Ziel umgestaltet wurden, den konkreten historischen Ort gegenüber der symbolhaften Monumentalisierung in DDR-Zeiten wieder sichtbarer werden zu lassen. Die Neukonzeption der Gedenkstätten verlief dabei alles andere als reibungslos. Die heftigen Auseinandersetzungen etwa um die Gedenkstätte Buchenwald (die um die Schwierigkeit des angemessenen Umgangs mit der Geschichte des sowjetischen Speziallagers verstärkt wurden) zeigen, welche Wirkung feststehende Geschichtsbilder im politischen Diskurs haben können: Die Deutung der Geschichte ist ein Politikum.

Das Ende der DDR war jedoch noch in ganz anderer Hinsicht bedeutsam für die KZ-Gedenkstätten: Eigentlich nur mit dem in der DDR begangenen Unrecht befasst, legte die Bundestags-Enquêtekommision „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ Ende der neunziger Jahre einen Abschlussbericht vor, der eine Empfehlung für eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes beinhaltete – und zwar sowohl für Stätten des DDR-Unrechts als auch folgerichtig für die historischen Orte der NS-Verbrechen. 1998 kam die neue rot-grüne Bundesregierung dieser Empfehlung nach und verabschiedete erstmals eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die bis heute mehrfach fortgeschrieben wurde.

Damit waren der Erhalt und der Ausbau der Gedenkstätten und damit das Ziel der Bewahrung der NS-Verbrechen im kollektiven Gedächtnis als Aufgabe des Bundes explizit anerkannt. Im Rahmen der Projektförderung und bei großen KZ-Gedenkstätten auch institutionell beteiligt sich der Bund seither komplementär an der Finanzierung kommunal oder von den Ländern geförderter Gedenkstätten, die überregionale Bedeutung haben und/oder exemplarisch für bestimmte NS-Verbrechen stehen.

Nach der in den 1990er Jahren begonnenen Neukonzeption der ehemaligen DDR-Gedenkstätten förderte der Bund ab 2000 auch den Ausbau der West-Gedenkstätten, allen voran Neuengamme, Bergen-Belsen, Flossenbürg und Dachau, aber auch „kleinere“ Gedenkstätten wie Sandbostel und Esterwegen (oder derzeit Wolfenbüttel und demnächst Osnabrück) Sie

erhielten teils neue Museumsgebäude mit neuen Dauerausstellungen, und die Lagergelände wurden mit dem Ziel neu gestaltet, historische Relikte sicht- und lesbar zu machen.

Mit der Modernisierung und Neukonzeption ging ein Professionalisierungsschub einher; Gedenkstätten verstehen sich heute nicht nur als Orte der Trauer und des Gedenkens, sondern zunehmend auch als moderne zeithistorische Museen. Zugleich wird die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen heute von der Mehrheit der Bevölkerung wie der Politik nicht mehr in Zweifel gezogen (außer in der AFD, wie unlängst der unsägliche Auftritt von Björn Höcke in Dresden gezeigt hat).

Eine Erfolgsgeschichte also? Im Ausland, etwa in Japan, sieht man voller Bewunderung auf die deutschen „Erinnerungsweltmeister“. Aber: Bei kritischen Beobachtern, teils auch innerhalb der Gedenkstätten, macht sich zunehmend ein Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur breit. Dieses speist sich aus ritualisierten, pathoshaften Beschwörungsformeln im politischen und gesellschaftlichen Diskurs (externe Faktoren), aber – mit Blick auf die Arbeit innerhalb der Gedenkstätten – auch aus Defiziten der Gedenkstätendidaktik.

Das Unbehagen lässt sich im groben vier Feldern zuordnen:

1. Aushöhlung des Begriffs der „Erinnerung“ vs. Auseinandersetzung; zeigt sich in der Praxis in ritualisierten Gedenkformen und leeren Pathosformeln.
2. Auf die Opfer gerichteter Blick (Häftlinge als Opfer statt als Akteure; Auseinandersetzung mit Tätern/Mittätern/Zuschauern samt Grauzonen fehlt).
3. Universalisierung der Shoah Education: Einengung auf eine Opfergruppe
4. Gedenkstättenarbeit als Unterdisziplin der Menschenrechtserziehung. Folge: Entkontextualisierung, Instrumentalisierung;
5. Auch wenn es paradox klingt: Auch der umgekehrte Weg kann zur Entkontextualisierung führen, nämlich die Reduzierung historisch-politischen Lernens auf die reine Dokumentation der Verbrechen.

Lassen Sie mich im folgenden die fünf Kritikpunkte näher begründen.

1. Erinnerung vs. Auseinandersetzung

War die Auseinandersetzung in den 1980er und teils auch in den 1990er Jahren zumindest in Westdeutschland noch das Betätigungsfeld im wesentlichen bürgerschaftlichen Engagements einer aufgeklärten Minderheit, das gegen den Mehrheitswillen und teils auch gegen

den Staat durchgesetzt werden musste, so ist Gedenkstättenarbeit heute überwiegend staatlich oder kommunal verankert und damit staatstragend geworden. Der Verweis auf vor Ort begangene NS-Verbrechen hat – generationell bedingt – keinen Skandalisierungs- oder Aufregungspotential mehr; selbst Lokalpolitiker finden an Gedenktagen die mehr oder weniger richtigen Worte – nicht selten allerdings in leeren Pathosformeln (es wird das „Nie wieder!“ beschworen statt nach dem Warum zu fragen).

Parallel zu dieser Entwicklung setzten der Siegeszug der „Erinnerung“ und der Hype des Zeitzeugen ein. An die Stelle reflektierter, kritischer und wissenschaftlich fundierter Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und ihren Folgen traten – nicht zuletzt medial aufbereitet – die Berichte der Tatzeugen, seit rund drei Jahrzehnten als Zeitzeugen bezeichnet. Was anfangs emanzipatorisch gemeint war – in Abgrenzung von der Herrschaftsgeschichtsschreibung sollte den Namenlosen eine Stimme gegeben werden –, wird seit Jahren zusammen mit der materiellen Hinterlassenschaften des NS, etwa den steinernen Zeugnissen in den Gedenkstätten, zunehmend sakralisiert und nur selten hinterfragt. Quellenkritik, so scheint es, ist etwas für die Wissenschaft, nicht aber für den Topos der „Erinnerung“. Das Bekenntnis zur Multiperspektivität mündet damit in postmoderner Urteilslosigkeit.

Dazu passt, dass geschichtliche Ereignisse bzw. ihre subjektive Wahrnehmung historisch nicht mehr kontextualisiert werden. Persönliche Erlebnisse können jedoch nie für das Ganze stehen; Geschichte geht nicht in Erinnerung auf. Auch die Kausalität von Ursache und Wirkung wird nicht mehr hinterfragt. So kommt es dann zu bizarren Gedenkveranstaltungen wie etwa im Januar 2005 im Thüringer Landtag, bei der zum Gedenktag für die Opfer des NS in einem Atemzug der Verfolgten des NS und des Kommunismus und dann auch noch der Toten nach dem Tsunami Weihnachten 2004 im Indischen Ozean gedacht wurde. Zum einen wird damit auch der NS gewissermaßen als Naturkatastrophe dargestellt, zum anderen wird die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ersetzt durch historisch entkernte Pietät. Friede, Trauer, Eierkuchen, so könnte man das dieses Gedenkkonzept, das niemandem wehtut und keine Fragen stellt, salopp zusammenfassen.

2. Opferzentrismus

Auch wenn das „Opfer“ auf Schulhöfen zum Schimpfwort geworden ist: Gesellschaftlich ist es hoch angesehen und hat ein breites Empathie- und Identifikationspotential – siehe das Beispiel der Veranstaltung im Thüringer Landtag. Mit und um Opfer zu trauern oder sich sogar mit ihnen zu identifizieren ist leichter als Fragen nach den Hintergründen der Tat zu

stellen, und dazu zählen insbesondere Fragen nach den Tätern, Mittätern und Zuschauern. Zudem werden sämtliche Grauzonen ausgeblendet, bezogen auf das KZ-System etwa die ambivalente Rolle der Funktionshäftlinge. Überhaupt macht der Opferdiskurs aus Menschen Objekte und verstellt den Blick auf Verfolgte als Akteure. Genau darin läge aber ein didaktisches Potential.

Wie weit das geht, zeigt die öffentliche Wahrnehmung des Themas „Widerstand“, die zunehmend gegen Null tendiert, insbesondere beim Blick auf die Geschichte des KZ Bergen-Belsen: Jeder kennt das jüdische Mädchen Anne Frank, kaum jemand aber Heinrich Jasper, der als sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig während der Weimarer Republik einer der profiliertesten Gegner der Nationalsozialisten war und wie Anne Frank im Frühjahr 1945 in Bergen-Belsen starb. Zu dieser öffentlichen Sichtweise passt auch, dass die Redaktion der Celleschen Zeitung unlängst einen Artikel über französische Widerstandskämpfer im KZ mit der Überschrift „Zeugnis jüdischen Leids“ versah. Im eigentlichen Artikel ging es aber weder um Leid noch um Juden, sondern um französische nichtjüdische Résistance-Angehörige.

3. Universalisierung der Shoah Education / Gedenkstättenarbeit als Subdisziplin der Menschenrechtserziehung

Die Shoah, also die Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus, ist in den vergangenen drei Jahrzehnten – teils mit affirmativer Stoßrichtung – zur Chiffre für das Thema Gesellschafts- und Regimeverbrechen insgesamt geworden und wird bisweilen der Auseinandersetzung mit ganz anderen Verbrechen aufgestülpt und damit historisch entkontextualisiert. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bandbreite der NS-Verfolgung aus dem Blick gerät. In der öffentlichen Wahrnehmung werden, verstärkt durch mediale Präsentationen, oft alle NS-Opfer unter dem Holocaust subsumiert und/oder gar nicht mehr gesehen – die Schlagzeile der Celleschen Zeitung beweist es.

4. Gedenkstättenarbeit als Subdisziplin der Menschenrechtserziehung

Mit zunehmender Entfernung zum historischen Geschehen und mit dem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis stellt sich Gedenkstättenmitarbeiter immer

mehr die Relevanzfrage: Was geht uns heute eigentlich noch die Geschichte der NS-Verbrechen und ihrer Opfer an? Was hat das mit unserem heutigen Leben zu tun? Die Antwort heißt vielerorts, Gedenkstättenarbeit als allgemeine Menschenrechtserziehung zu verstehen.

Sicherlich: Ein Gedenkstättenbesuch kann und soll Fragen nach den Ursachen und Formen von Gewalt und Repression auch in heutiger Zeit auslösen. Es ist jedoch vermessen zu erwarten, er könne Defizite einer allgemeinen Werteerziehung in Schule und Gesellschaft ausgleichen. Der Besuch eines Tat- und Leidensortes wirkt nicht per se emanzipatorisch. Niemand wird durch den Gedenkstättenbesuch zum besseren Menschen. Gedenkstätten sind keine demokratischen Läuterungsanstalten, und deshalb ist auch die Vorstellung naiv, ein Jugendlicher mit gefestigtem rechtsextremistischem Weltbild könne in der Gedenkstätte „geheilt“ werden.

Für noch problematischer halte ich die sinnstiftende und nicht selten affirmative Stoßrichtung der Gedenkstätten-Menschenrechtsbildner: Letztlich wird sinnloses Leiden, wird heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Teleologie eingelesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Gegenwart oder Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen „Lehren“ aus der Vergangenheit beherzigen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten jedoch ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das Grundgesetz der Bundesrepublik zu schützen. Auch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg verfasst worden. Letztlich ist es damit eine Instrumentalisierung der Opfer und Kennzeichen eines eben nicht reflexiven, sondern affirmativen Geschichtsverständnisses, unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten zu verkaufen. Wie stark dieser Weg in die Irre führt, haben uns bereits die Geschichtsideologen in der DDR gezeigt, die die Gedenkstätten zu Bühnen staatslegitimierender Selbstdarstellung ausbauten.

Im Grunde machen wir in den Gedenkstätten heute bisweilen genau das, was wir aus guten Gründen an der staatslegitimierenden DDR-Geschichtspolitik kritisiert haben, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Das Ergebnis ist eine Art freiheitlich-demokratische Staatsbürgerkunde – also das Gegenteil dessen, was wir unter Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins verstehen.

5. Das dokumentierende Prinzip / Fetischismus der Relikte

Der zweite vermeintliche Königsweg, den viele Gedenkstätten beschritten haben, ist auf den ersten Blick das genaue Gegenteil der menschenrechtlichen Mastererzählung: das dokumentierende Prinzip, die Reduktion musealen Erzählens auf die Objekte, aus denen der Besucher sich den Sinn der Geschichte selbst erarbeiten soll.

Hintergrund des dokumentierenden Prinzips, sei es nun in Ausstellungen oder im Umgang mit dem Lagergelände, sind nicht nur die Erfahrungen mit DDR-Ideologisierung und westdeutsch-volkspädagogischer Überwältigungs-Pädagogik. Auch generationelle Gründe spielen eine wichtige Rolle. Solange die Zeitzeugen den öffentlichen Erinnerungsdiskurs prägten, glaubte man auf die materiellen Relikte der NS-Verbrechen, und das waren neben den Dokumenten vor allem die baulichen Relikte, weitgehend verzichten zu können. Erhalten blieb bis in die 1980er Jahre nur, was man aus Gründen der Pietät nicht einzuebnen wagte – vor allem die ehemaligen Krematorien (in Bergen-Belsen allerdings nicht einmal das), aber auch die Grabanlagen (obwohl auch oft genug gegen geltendes Recht Gräber ehemaliger Zwangsarbeiter oder Häftlinge eingeebnet wurden). Später änderte sich das schleichend: Je weniger die Menschen eigene Erinnerungen an die Zeit hatten, desto wichtiger wurden die Relikte.

Heute klammern sich die Mitarbeitenden in vielen Gedenkstätten geradezu verzweifelt an die historischen Relikte, die als letzte materielle Zeugnisse gelten, die nach dem Abschied von der Zeitzeugenschaft vom Terror in den Lagern bleiben. Wenn die Überlebenden nicht mehr berichten können, bleiben nur noch die schriftliche Hinterlassenschaft von Opfern und Tätern und – was die historischen Orte anbelangt – die baulichen Relikte. Letztere werden zur steinernen Evidenz, zu Beweismitteln. Mehr noch: Häufig werden aus Relikten Reliquien mit starker sakraler Aufladung.

Nicht nur in Bezug auf die baulichen Relikte, sondern auch bezüglich der schriftlichen Quellen zur Geschichte der Konzentrationslager hat sich seit der 1990er Jahren in fast allen deutschen KZ-Gedenkstätten das Konzept der dokumentierender Spurensuche und Spurensicherung durchgesetzt. Bauliche Relikte und historische Ausstellungsobjekte sollen danach nicht eine vorgegebene Geschichtsdeutung illustrieren, sondern mit ihrem fragmentarischen Charakter vielschichtige und bewusst mehrdeutige Zugänge zur Geschichte bieten.

Ob dieses Konzept heute immer noch in jedem Fall tragfähig ist, erscheint jedoch zunehmend fraglich. Streng theoretisch-methodisch gesehen überzeugt es zwar; die Zweifel

kommen eher aus der Vermittlungspraxis: Das Konzept hat didaktische Realisierungsprobleme. Auf die Relikte und Exponate bzw. ihre Auratisierung allein zu vertrauen hilft nicht; vor lauter Bäume sieht man den Wald nicht mehr. Das bedeutet, dass die Relikte kontextualisiert und prägnant kommentiert werden müssen. Damit wird die Mehrdeutigkeit aber schon eingeschränkt.

In den Gedenkstätten sind wir zunehmend mit Besuchern konfrontiert, die wenig oder kein Vorwissen mitbringen oder nach dem Konsum trivialisierender medialer Inszenierungen à la Guido Knopp meinen, die Geschichte schon genau zu kennen. Auf die Ausstrahlungskraft und den Zeichengehalt der Relikte, Dokumente und Berichte der Überlebenden allein zu setzen, hilft hier nicht weiter. Den Besuchern muss mehr geboten werden, es muss ihnen aktiv dabei geholfen werden, die Botschaft der Relikte zu entschlüsseln – und das, ohne sie zu entmündigen.

Es stellt sich damit die Frage, wie wir der Falle des dokumentierenden Prinzips entgehen, ohne eine Sinnstiftung oder eine entkontextualisiert-menschenrechtsbildende oder im schlimmsten Fall systemlegitimierende Mastererzählung vorzugeben. Letztlich geht es um die Frage, wie und was wir aus der Geschichte der NS-Verbrechen lernen können, einer Geschichte, die heillos und unannehmbar ist, weil sie weder religiös noch politisch, metaphysisch und/oder geschichtsteleologisch einen Sinn hat.

Lösungswege:

1. Historisches Urteilsvermögen als Vermittlungsziel

Ziel der hist.-polit. Bildung in den Gedenkstätten ist nicht „Betroffenheit“, Überwältigung oder ein Positivismus des Grauens (also das Lernen von Techniken und Zahlen der Lagergeschichten), sondern ein ethisch fundiertes historisches Urteilsvermögen, also ein kritisches historisches Bewusstsein.

Mittel: „Forschendes Lernen“ entlang der Relevanzfrage: Was geht uns das heute eigentlich noch an? (Zu berücksichtigen: Veränderte Rezeptionsweisen, veränderte Fragestellungen, hist.-polit. Bildung in der Migrationsgesellschaft)

2. *Aktualitätsbezug und Handlungsorientierung*

Im Mittelpunkt des Gedenkens stehen die Opfer. Doch zeitgemäße Gedenkstättenarbeit im Sinne von historisch-politischer Bildung muss stärker auch die Täter, Mittäter und Zuschauer in den Blick nehmen und sich mit deren Motivation auseinandersetzen (diese besteht aus einer Gemengelage aus ideologischer Überzeugung, Ausgrenzungsdiskursen, Rassismus, Antisemitismus, Indoktrination, Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskursen, Gruppendruck und Angst, also Faktoren, die gar nicht spezifisch nationalsozialistisch determiniert sind und auch heute ihre Wirkung entfalten). Gerade die Auseinandersetzung mit diesen Themen, insbesondere der Mitmachbereitschaft im NS, bietet große handlungsorientierte didaktische Potentiale mit Aktualitätsbezug – am konkreten historischen Beispiel.

3. *Rekontextualisierung und Exemplarität*

Ausgangspunkt bleibt in den jeweiligen Gedenkstätten das historische Geschehen *vor Ort*, es wird aber eingebunden in die *Gesellschaftsgeschichte* des NS. Gerade durch die Bandbreite der öffentlich geförderten und teils auch ehrenamtlich aufgestellten Gedenkstätten bietet Niedersachsen ein in Deutschland einmaliges Potential mit über 100 Gedenkorten und Initiativen. Vielfach stehen die jeweiligen Orte exemplarisch für bestimmte Verbrechenkomplexe bzw. Funktionsweisen der NS-Diktatur:

- frühe KZ (Moringen, Emslandlager)
- Shoah und spätes KZ bzw. Auflösungslager (Bergen-Belsen)
- Massaker bei Kriegsende (Celle, Lüneburg, Heidebahn)
- KZ-Außenlager und Zwangsarbeit (Drütte, Braunschweig Holzen, Ellrich)
- Kriegsgefangenenlager (Sandbostel, Bergen-Belsen)
- Gestapodienststellen, Strafanstalten u. Hinrichtungsstätten (Wolfenbüttel)
- AEL (Augustaschacht Ohrbeck, Liebenau)
- Zwangsarbeit (Lagerkosmos Salzgitter, Ausstellung Zwangsarbeit in Südniedersachsen)
- Orte der Judenverfolgung (Ahlem)
- Krankenmord, Euthanasie (Wehnen, Lüneburg)
- Stätten des Widerstandes
- Orte ns. Selbstinszenierung: Bückeberg
- Friedhöfe
- Orte des Lebens nach der Befreiung (DP-Camp Bergen-Belsen)

Die Bandbreite dieser Orte muss unbedingt erhalten bleiben, denn sie zeigt dreierlei:

- Polylokalität der Verbrechen
- Bandbreite der Verfolgung und der Opfergruppen
- Einbindung der Tätergesellschaft, Funktionsweise der nach den Prinzipien von Exklusion und Inklusion formierten „Volksgemeinschaft“

Die Bandbreite der Verfolgung und der Blick auf die Funktionsweise der NS-Gesellschaft verweisen auf den Kern der Gedenkstättenarbeit. Es geht nicht um historisch entleerte Pietät, um das unterschiedslose Beweinen der Toten des letzten Jahrhunderts, sondern es geht um die historische Einbettung des konkreten Geschehens, dessen gedacht wird. Und damit geht es um eine wache Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der NS-Verbrechen – und das, ohne die Opfer für aktuelle politische Zielsetzungen zu instrumentalisieren.

Nicht Affirmation oder Appellation, sondern Reflexion steht im Mittelpunkt des heutigen Umgangs mit der NS-Geschichte in den Gedenkstätten, anders formuliert: Nicht Bekenntnis, sondern Erkenntnis ist das Ziel. Das bedeutet, es werden nicht einfache Antworten gegeben, und es wird auch keine simple Teleologie präsentiert. Vielmehr geht es darum, Fragen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die Verbrechen? Und schließlich: Was geht uns das heute an?

Mit Fragen wie diesen zum Nachdenken und ethisch fundiertem Handeln anzuregen, das ist die Aufgabe der Vermittlungsarbeit in den Gedenkstätten. Ihr Mittel ist nicht die pädagogische Überwältigung, die nur zur Abwehr führen kann, sondern die selbstbestimmte Reflexion der Vergangenheit. Es geht darum, historisches Urteilsvermögen zu lernen, insbesondere im Hinblick auf die Mitmachbereitschaft.

Grundlage dafür ist, dass die dem historischen Geschehen zugrunde liegenden Zusammenhänge erläutert, strukturelle Prozesse, ihre Entstehungsursachen und ihre Folgewirkungen an Beispielen verdeutlicht werden. Dies ist explizite Aufgabe der Historiker/innen. Bei der

Vermittlung müsse verschiedene Sichtweisen und Perspektiven der beteiligten Personen und Personengruppen umrissen und Entscheidungs- und Handlungsspielräume offengelegt werden.

Mit der differenzierten Auseinandersetzung der Täter- und Mittäterschaft im Umfeld der Lager und deren vielfach auch heute noch wirksamen Motivationsstruktur soll der Gedenkstättenbesucher ohne den erhobenen Zeigefinger ermuntert werden, selbstkritisch seine eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben zu hinterfragen. Damit ist der Aktualitätsbezug der Gedenkstättenarbeit hergestellt, ohne durch letztlich ahistorische Vergleiche der NS-Verbrechen etwa mit dem Völkermord in Ruanda oder den „ethnischen Säuberungen“ im früheren Jugoslawien die NS-Verbrechen zu relativieren. Und schließlich ist damit auch die Frage beantwortet, die sich viele Gedenkstättenbesucher, vor allem die jüngeren, immer wieder stellen: Was geht uns heute, nach über 70 Jahren, eigentlich noch die Geschichte der NS-Verbrechen an?